

„Afghanistan-Einsatz bleibt fragwürdig“

Renke Brahm, Friedensbeauftragter der Evangelischen Kirche, fordert mehr Zurückhaltung bei Auslandsmissionen

Die Evangelische Kirche (EKD) hat eine Stellungnahme zum Afghanistan-Einsatz vorgelegt. Darin fordert sie, Mandate für Auslandseinsätze der Bundeswehr stärker mit humanitären Zielen zu verknüpfen. Über die friedensethischen Vorstellungen der EKD sprach Hans-Ulrich Brandt mit Renke Brahm, Schriftführer der evangelischen Kirche in Bremen und EKD-Friedensbeauftragter.

Der Auslandseinsatz der Bundeswehr in Afghanistan geht langsam zu Ende. War es ein Krieg, war es eine Friedensmission?

Renke Brahm: Viele, die in Afghanistan waren, haben es eindeutig als Krieg erfahren. Und auch ich sage: Obwohl ja immer von einem bewaffneten internationalen Konflikt gesprochen wird: Es ist ein Krieg. An diesem Wort darf sich niemand vorbei schummeln, auch wenn es völkerrechtlich sehr differenziert betrachtet wird.

Mit dem Rückzug der Truppen gewinnen die Taliban an Macht. Können Sie den über zwölfjährigen Einsatz rechtfertigen?

Für mich bleibt er fragwürdig. Natürlich sind Mandate zur Absicherung ausgesprochen worden, wie zum Beispiel das ISAF-Mandat. Und es galt, Menschen zu schützen. Die Anschläge am 11. September 2001 waren eine terroristische Bedrohung. Doch gerade am Anfang war es ein erklärter Krieg gegen den Terror, geführt von der Koalition der Willigen. Friedensethisch lässt sich das für mich nicht begründen. Erst mit dem ISAF-Einsatz wurde überhaupt erkennbar, dass man sich auch um die Menschen in Afghanistan Sorgen macht.

„Selig sind die Friedfertigen“, dieses Zitat aus dem Matthäus-Evangelium steht der jetzt vorgelegten EKD-Stellungnahme zur Friedensethik voran. Wie bringen sie diesen theologischen Anspruch zusammen mit dem Einsatz in Afghanistan?

„Selig sind die Friedfertigen“ – das weist auf einen klaren Vorrang für Frieden und Gewaltfreiheit hin. Insofern muss immer wieder gefragt werden, ob alle anderen Mittel ausgeschöpft worden sind. Bezogen auf den Einsatz in Afghanistan würde ich sagen: über viele Jahre nicht.

Die Evangelische Kirche sucht nach Antworten. Zum Beispiel auf die Frage, ob die in Afghanistan eingesetzten militärischen Mittel dem politischen Ziel des Einsatzes angemessen waren. Waren sie es?

Wenn ich mir das Verhältnis der militärischen zu den zivilen Ausgaben ansehe, ist das Ergebnis klar: Bei den Amerikanern liegt es bei 25 zu 1; bei den Deutschen bei 9 zu 1. Da kann nicht von einem angemessenen Einsatz gesprochen werden.

Lassen sich überhaupt ethische Kriterien für den Gebrauch von Gewalt finden?

Mit unserer Friedensdenkschrift versuchen wir genau das. Frieden hat immer etwas mit Recht zu tun, und Recht ist auf die Durchsetzung von Recht angewiesen. Wenn in internationalen Konflikten in größter Weise Menschenrechte verletzt werden, dann ist eine Situation denkbar, in der der Einsatz von Gewalt möglich ist.

Als ultima ratio...

...Ja, wobei es bei dem Afghanistan-Einsatz nie um Schutzverantwortung ging, auch nur am Rande um Menschenrechte – der Ursprung war der Kampf gegen Terroristen. Und genau diese Mischung von Motiven macht den Einsatz so fragwürdig.

Politik will die Kirche nicht machen, hochpolitisch ist die Auseinandersetzung mit dem Afghanistan-Einsatz dennoch. Wie



Renke Brahm: Eigentlich kann Deutschland guten Gewissens keinen Soldaten und auch keinen zivilen Helfer irgendwo hinschicken. FOTO: KOCH

weit kann, wie weit muss die Kirche sich letztlich doch in Politik einmischen?

Wir wollen den Menschen einen Rahmen für ihre Entscheidungen bieten. So fragen Soldatinnen und Soldaten, ob es richtig ist, sich an so einem Einsatz zu beteiligen. Die Kirche will ihnen mit ihrer Friedensethik in solch einer Gewissensentscheidung eine Orientierung geben. Mit dieser Botschaft kann die Kirche nie unpolitisch sein, deshalb mischen wir uns in die politische Debatte auch ein – wohlwissend, dass wir nicht die ganze Gesellschaft bestimmen. Wir sind keine Besserwisser.

Deutsche Soldaten mögen bald ganz aus Afghanistan abziehen, ihr internationales Engagement will die Bundeswehr ausweiten – wie jetzt zum Beispiel in Mali. Nach welchen Kriterien bewertet die EKD Militäreinsätze?

Solche Einsätze müssen einem friedenspolitischen Gesamtkonzept dienen. Dazu zählt: Schutz vor Gewalt und Not, Schutz der kulturellen Vielfalt und der Freiheit.

Und immer gilt: Erst Prävention, dann gewaltfreie zivile Mittel, und nur als letzte Möglichkeit Militäreinsätze.

Unterstützen Sie das Mali-Mandat?

Ich bin weiter für eine deutliche Zurückhaltung bei militärischen Einsätzen. Diese Ausbildungsmission macht vielleicht für eine gewisse Zeit Sinn. Aber wir müssen aufpassen. Die Bundeswehr darf sich nicht in Kampfhandlungen verwickeln lassen. Wann ist der Rückzug geplant?

Sie haben kürzlich gefordert: Nie mehr militärische Interventionen, ohne vorher zu überlegen, welche zivilen Mittel eingesetzt werden können, welche Aufbauleistungen folgen müssen und wie der Einsatz beendet werden kann. Ist Deutschland in den Afghanistan-Einsatz hinein gestolpert und stolpert jetzt auch wieder heraus?

Eindeutig. Auf die vielen warnenden Stimmen wurde nicht gehört, die gesagt haben: Afghanistan ist ein Land, in dem eine zentrale Intervention keinen Sinn macht. Aus

Gründen der Bündnis-Solidarität ist Deutschland in diesen Einsatz hineingestolpert. Und nun, wo die Aktion politisch nicht länger durchsetzbar ist, stolpert es auch irgendwie wieder heraus.

Ist der Abzug dennoch richtig?

Ja, denn würde so weiter gemacht wie bisher, dann müsste man 30 oder 50 Jahre in Afghanistan bleiben, und das kann sich niemand vorstellen. Es zeigt sich auch, dass die Anwesenheit von Streitkräften immer wieder Gegengewalt produziert.

Zurzeit kämpfen Außen- und Verteidigungsministerium um die Entscheidungshoheit bei Auslandseinsätzen der Bundeswehr. Sie kritisieren, es fehle an Abstimmung. Was muss besser werden?

Ich glaube, es gibt einen großen Egoismus der verschiedenen Ministerien und eine mangelnde Zusammenarbeit. Innen- und Außenministerium, Verteidigung, wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung brauchen ein Gesamtkonzept.

Das heißt: Deutschland nimmt immer stärker seine internationale Verantwortung wahr, ist aber nicht dafür gerüstet?

Ja, und ich würde sogar soweit gehen zu sagen: Eigentlich kann Deutschland guten Gewissens keinen Soldaten und auch keinen zivilen Helfer irgendwo hinschicken, solange es kein abgestimmtes Einsatz- und Hilfskonzept gibt.

Zur Person: Renke Brahm (57) studierte Theologie in Münster, Tübingen und Göttingen und war 16 Jahre Pastor in Bremen. 2011 besuchte er als EKD-Friedensbeauftragter Afghanistan.

Scannen Sie das Bild oben und sehen Sie sich eine Grafik zu dem Thema an. Anleitung siehe Seite 1.

Weg zum gerechten Frieden

Berlin (hub). Keine internationale Abstimmung beim Einsatz der zivilen wie der militärischen Mittel sowie weiterhin fehlende Sicherheit und Rechtsstrukturen – nach über zwölf Jahren Militäreinsatz in Afghanistan hat die evangelische Kirche (EKD) gestern in Berlin eine kritische Bilanz gezogen. Die Politik forderte sie auf, für künftige Auslandseinsätze Lehren zu ziehen.

Deutschland habe aufgrund seiner Geschichte eine „erhöhte Sensibilität“ Militäreinsätzen gegenüber, sagte der EKD-Ratsvorsitzende Nikolaus Schneider. Dies müsse international deutlicher eingebracht werden. „Ein Hurra zu möglichst vielen Auslandseinsätzen der Bundeswehr“ sei falsch. Statt dessen mahnte er eine stärkere

friedenspolitische Verpflichtung an. Schon bei der Entsendung der Bundeswehr müssten klare zivile Ziele und eine Abzugsstrategie vereinbart werden.

Der EKD-Ratsvorsitzende stellte gestern ein Positionspapier zum Afghanistan-Einsatz vor mit dem Titel „Selig sind die Friedfertigen“. Es wurde von der 22-köpfigen Kommission für Öffentliche Verantwortung unter dem Vorsitz des früheren Bundesverfassungsgerichtspräsidenten Hans-Jürgen Papier erarbeitet. „Wir reden nicht mehr vom gerechten Krieg, wir reden vom gerechten Frieden“, so Schneider. Das Papier nähre den grundsätzlichen Zweifel, dass der Weg zu einem gerechten Frieden mit militärischer Gewalt zu erreichen sei.

Starke Zweifel an Wulffs Ahnungslosigkeit

Zeugen berichten beim Prozess gegen Glaeseker über dessen enges Verhältnis zu seinem damaligen Chef

VON PETER MLODOCH

Hannover. Der Chef war über den Einsatz seines Sprechers offenbar voll des Lobes. „Olaf Glaeseker müsste man dafür mit dem Bundesverdienstkreuz auszeichnen“, soll Niedersachsens damaliger Ministerpräsident Christian Wulff (CDU) nach der aus seiner Sicht höchst erfolgreichen Promifete „Nord-Süd-Dialog“ im Dezember 2009 am Rande einer Kabinettsitzung in Hannover über seinen Vertrauen geschwärmt haben. Dies jedenfalls sagte gestern ein 43-jähriger Ex-Kollege Glaesekers vor dem Landgericht Hannover als Zeuge aus.

Glaeseker muss sich dort wegen Bestechlichkeit verantworten. Er soll dem mitangeklagten Event-Manager Manfred Schmidt Sponsorengelder für die umstrittene Party-Reihe in Hannover und Stuttgart zugeschanzt und sich im Gegenzug zu Gratis-Urlauben in dessen Domizilen in Spanien und Südfrankreich einladen lassen haben. Wulff will von alledem nichts mitbekommen haben; laut Aussage des Ex-Bundespräsidenten bei der Staatsanwaltschaft hat er angeblich nichts von den Urlauben seines damaligen Intimus bei Schmidt gewusst.

Diese Version geriet erneut – wie schon bei der Aussage von Wulffs erster Ehefrau

Christiane vor gut zwei Wochen – ins Wanken. „Wie war’s bei Manfred?“, zitierte der Zeuge den Regierungschef nach Glaesekers Rückkehr aus Südfrankreich. „Gut, alles top“, habe dieser geantwortet und dem Ministerpräsidenten die Grüße Schmidts ausrichten lassen. Wulff, der in einem Parallelverfahren ebenfalls wegen Korruption vor Gericht steht, soll in zwei Wochen im Glaeseker-Prozess aussagen.

Zwei weitere ehemalige Sprecherkollegen bestätigten das enge, auch private Verhältnis Glaesekers zum Ministerpräsidenten. „Er war sein Psychologe“, meinte eine 41-jährige Zeugin unter anderem mit Blick auf Glaesekers Rolle bei Wulffs Trennung 2006. „Man kann sich nicht vorstellen, dass Herr Wulff nicht wusste, wo Herr Glaeseker im Urlaub war.“ In seinen Ferien sei dieser für sie immer per Handy erreichbar gewesen, erklärten alle drei Zeugen übereinstimmend – und widersprachen auch in diesem Punkt ihrem Ex-Chef Wulff, der behauptet hatte, Glaeseker sei im Urlaub immer komplett abgetaucht gewesen.

Die Kollegen berichteten außerdem, dass in der Staatskanzlei ein hoher Erfolgsdruck wegen der Nord-Süd-Dialoge geherrscht habe. Sie hätten ein Grußwort des Ministerpräsidenten für eine Zeitungsbeilage verfasst und sich auch um „Save-the-date“-Karten kümmern müssen. Glaeseker habe die Party-Reihe als seine „Chefsache“ behandelt – genauso wie alles rund um das Thema Volkswagen und Wulffs Scheidung.



Vor Gericht: Ex-Sprecher Olaf Glaeseker (links) muss sich gemeinsam mit Event-Manager Manfred Schmidt in Hannover verantworten.

FOTO: DPA

BEMERKENSWERT

„Na, wenn der Vizekanzler so befindet, dann fange ich an...“

Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) während seines gestrigen, gemeinsam mit Sigmar Gabriel (SPD) absolvierten Frankreich-Besuchs. Bei der Pressekonferenz wollte Schäuble Gabriel den Vortritt lassen – doch Gabriel winkte ab, um auf Schäuble erwidern zu können.

NACHRICHTEN IN KÜRZE

DEUTSCHLAND I

Weiter kein Asyl für Snowden

Berlin-Moskau. Die Bundesregierung will dem früheren US-Geheimdienstmitarbeiter Edward Snowden weiterhin keine Zuflucht in Deutschland gewähren. „An der Rechtslage hat sich nichts geändert“, sagte die stellvertretende Regierungssprecherin Christiane Wirtz gestern. Es gebe keine Voraussetzungen, nach denen Snowden Asyl erhalten könnte. Snowden hatte gegenüber der ARD berichtet, dass er von anonymen amerikanischen Regierungsvertretern mit dem Tode bedroht wird. Der Computerspezialist hatte in dem Gespräch behauptet, die USA betrieben mit der NSA Wirtschaftsspionage auch in Deutschland.

DEUTSCHLAND II

Konzept für neue Islamkonferenz

Berlin. Bis Mitte März wollen Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) und die beteiligten muslimischen Verbände abstecken, in welcher Form es mit der Deutschen Islamkonferenz weitergeht. Das kündigte der Ressortchef gestern nach einem ersten Treffen mit Vertretern von sieben Verbänden in Berlin an. „Wir haben heute ein sehr gutes und konstruktives erstes Gespräch geführt“, sagte er. „Wir werden diese Gespräche auf verschiedenen Ebenen in den nächsten Wochen fortsetzen.“ Bis Mitte März solle es dann eine Verständigung auf Ziele, Themen, Struktur und Aufbau der Islamkonferenz geben.

USA

Smartphone-Apps angezapft

Washington. Bei ihrer massenhaften Datensammlung nehmen der US-Geheimdienst NSA und sein britischer Partnerdienst GCHQ nach Informationen der „New York Times“ auch Smartphone-Apps ins Visier. Die Bandbreite der betroffenen Programme reiche vom populären Spiel „Angry Birds“ über die mobilen Anwendungen von sozialen Netzwerken wie Facebook und Twitter bis zum Kartendienst Google Maps, berichtete die Zeitung gestern. Die Geheimdienste sind demnach in der Lage, über die geöffneten Apps private Informationen wie den Standort, das Alter oder die Adressbücher der Nutzer abzuschöpfen.

AFGHANISTAN

US-Protest gegen Amnestie

Kabul. Neue Spannungen zwischen Afghanistan und den USA: Die US-Truppen haben gestern gegen die von afghanischen Behörden angeordnete Amnestie für 37 „gefährliche Aufständischen“ protestiert. Die zuständige Behörde „entlässt gefährliche Aufständische zurück in die Gesellschaft, die afghanisches Blut an den Händen haben“, kritisierte das US-Militär. Unter den 37 Männern im Gefängnis in Bagram seien Aufständische, die an Anschlägen und Angriffen auf afghanische und ausländische Sicherheitskräfte beteiligt gewesen seien. Zu vor hatte Washington Beweismaterial an die afghanische Regierung geschickt.

BRUNEI

Steinigung bald offizielle Strafe

Bandar Seri Begawan. Das muslimische Sultanat Brunei auf der Insel Borneo in Südostasien will im April wieder Steinigungen für Ehebruch und Verurteilungen als Strafe für Diebstähle einführen. Der Verband „Internationale Juristenkommission“ (ICJ) kritisiert das Vorhaben: „Gesetze, die Ehebruch, außereheliche sexuelle Beziehungen und Beziehungen zwischen gleichgeschlechtlichen Partnern kriminalisieren sind mit internationalen Standards nicht vereinbar“ und verstießen gegen die Menschenrechte, schrieb die ICJ in einem offenen Brief an Sultan Hassanal Bolkiah.

ÄGYPTEN

Al-Sisi nun Feldmarschall

Kairo. Der ägyptische Übergangspräsident Adli Mansur hat den Kommandeur der ägyptischen Streitkräfte, General Abdel Fattah al-Sisi, zum Feldmarschall befördert. Dies teilte die Präsidialkanzlei gestern mit. Al-Sisi gilt als Anwärter für das Präsidentenamt. Bislang hat er sich dazu noch nicht verbindlich geäußert. Sobald er jedoch seine Kandidatur offiziell anmeldet, muss er laut Verfassung den Dienst in den Streitkräften quittieren. Al-Sisi war die treibende Kraft hinter dem Sturz des islamistischen Präsidenten Mohammed Mursi im vergangenen Juli durch das Militär.

Debatte um Flüchtlingskinder

UN: Deutschland muss mehr tun

Berlin-Genf (wk). Die Bundesregierung sieht Deutschland bei der Umsetzung von Kinderrechten trotz Kritik von Experten auf einem guten Weg. Bei der Realisierung der UN-Kinderrechtskonvention sei viel erreicht worden, sagte Ralf Kleindiek, Staatssekretär im Bundesfamilienministerium, gestern vor dem UN-Ausschuss für die Rechte des Kindes in Genf. Allerdings müsse noch mehr getan werden, räumte er ein. Als positives Beispiel hob Kleindiek den Schutz von Kindern vor Gewalt hervor, der sich mit dem 2012 in Kraft getretenen Kinderschutzgesetz verbessert habe. Auch die Situation unbegleiteter Minderjähriger, die in Deutschland Asyl suchten, habe sich verbessert. So kümmerten sich inzwischen die Jugendämter um deren Betreuung und Hilfe in den Asylverfahren.

Hingegen erklärte der Sprecher des Netzwerkes zur Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention in Deutschland, Jörg Maywald, die Behandlung unbegleiteter Flüchtlingskinder sei unzureichend. So würden Minderjährigen aus Kriegs- und Krisengebieten bis heute Traumatherapien und andere gesundheitliche Leistungen verweigert. Die Kinderrechtskonvention sehe aber vor, dass Flüchtlingskindern die gleichen Rechte hätten wie andere Kinder. Zudem vermissen UN-Experten ebenso wie Vertreter deutscher Nichtregierungsorganisationen eine Koordinierungsstelle zur Umsetzung von Kinderrechten.